



Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) will noch bis zum Sommer entscheiden, ob es einen öffentlich-rechtlichen Atomfonds in Deutschland geben soll. Es geht um gut 36 Milliarden Euro Rückstellungen, die von den Stromkonzernen für den Rückbau der Atomkraftwerke und die Endlagerung des Atom Mülls gebildet wurden. Nach dem Willen der Konzerne soll das Geld von einer öffentlich-rechtlichen Stiftung verwaltet werden. Der Bund solle dann auch die Verantwortung und den Betrieb der Nuklearanlagen übernehmen. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hingegen möchte mit einem Stresstest zunächst prüfen, ob die von den Konzernen dafür gebildeten Rückstellungen überhaupt ausreichen. Derweil verzögert sich der Rückbau der acht deutschen Atomkraftwerke, die 2011 abgeschaltet wurden. So

gibt es offenbar Probleme, die strahlenden Brennelemente aus den Reaktorkernen und Lagerbecken in Zwischenlager zu schaffen. Das ergibt sich aus einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der atompolitischen Sprecherin der Grünen, Sylvia Kotting-Uhl. Bislang ging die Regierung davon aus, dass die „Kernbrennstofffreiheit“ in ein bis zwei Jahren erreicht werden könnte. Nun heißt es, das Ziel werde im stillgelegten Kraftwerk Isar I erst in drei und im Kraftwerk Unterweser in vier bis fünf Jahren erreicht. Für die Anlage Krümmel habe der Betreiber Vattenfall noch nicht einmal einen Rückbauantrag gestellt. Weitere Verzögerungen sind zu erwarten, weil immer noch nicht geregelt ist, wie mit rund 600 beschädigten oder unvollständig abgebrannten Brennstäben in den Reaktoren umgegangen werden muss. fdo, mif, gt

EU-Gesellschaftsrecht Geballter Protest

Fünf Minister aus der nordrhein-westfälischen Landesregierung haben Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) aufgefordert, ein Vorhaben der EU-Kommission zu Fall zu bringen: die Ein-Personen-Gesellschaft („Societas Unius Personae“), deren Gründung in den 28 Mitgliedstaaten im Schnellverfahren ermöglicht werden soll. Die Kommission verspricht sich davon einen Gründungsboom für kleinere und mittlere Unternehmen. Die neuen Gesellschaften sollen im Internet und ohne Beteiligung eines Notars angemeldet werden können. „Ohne Identitätsprüfung des Gründers können sie schnell zur Plattform für kriminelles Handeln werden“, sagt Justizminister Thomas Kutschaty (SPD), „die Strafverfolgung bei Delikten wie Geldwäsche und Insolvenzbetrug wird schwer, wenn nicht gar unmöglich.“ Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) sieht das ähnlich: „Wir unternehmen alles, um auf europäischer Ebene Schlupflöcher zu schließen, aber diese Richtlinie schafft ein Einfallstor für Steuerhinterzieher und Betrüger.“ bas

Währungen

„Bargeld ist ein Anachronismus“



Peter Bofinger, 60, lehrt Volkswirtschaft in Würzburg und ist Mitglied des Sachverständigenrats, der sogenannten Fünf Weisen.

SPIEGEL: Herr Professor Bofinger, die dänische Regierung überlegt, das Bargeld abzuschaffen, ein Vorschlag, den auch Ihr amerikanischer Kollege Kenneth Rogoff schon einmal vorgebracht hat. Eine gute Idee?

Bofinger: Bei den heutigen technischen Möglichkeiten sind Münzen und Geldscheine tatsächlich ein Anachronismus. Sie erschweren den Zahlungsverkehr ungemein. Denken Sie nur daran, wie viel Zeit verloren geht, wenn Leute vor Ihnen an der Ladenkasse nach Kleingeld suchen und die Kassiererin nach Wechselgeld. Aber zusätzliche Zeit ist nicht der größte Gewinn bei der Abschaffung des Bargelds.

SPIEGEL: Sondern?

Bofinger: Sie trocknen die Märkte für Schwarzarbeit und Drogen aus. Fast ein Drittel des Euro-Bargeld-

umlaufs besteht aus 500-Euro-Noten. Fürs Einkaufen braucht die niemand, damit wickeln lichtscheue Gestalten ihre Geschäfte ab.

SPIEGEL: Schwarzarbeiter und Kriminelle könnten auf andere Währungen, etwa den Dollar, umsteigen.

Bofinger: Das stimmt, aber jede größere Menge an fremden Währungen wäre dann ein Hinweis für Polizei und Finanzämter, noch einmal genauer hinzuschauen. Auf jeden Fall wäre es besser, wenn der Euroraum und die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Schweiz gleichzeitig auf das Bargeld verzichten würden.

SPIEGEL: Sollte das passieren, müsste der Staat auf Gewinne aus der Münzproduktion verzichten.

Bofinger: Doch dafür haben es die Notenbanken einfacher, ihre Geldpolitik durchzusetzen. Derzeit können sie die Zinsen kaum nennenswert unter null Prozent drücken, da die Anleger sonst Bargeld horten. Gibt es kein Bargeld mehr, entfällt die Nullzinsgrenze.

SPIEGEL: Sollte sich die Bundesregierung ebenfalls für die Abschaffung des Bargelds starkmachen?

Bofinger: Das wäre jedenfalls ein gutes Thema für die Agenda des G-7-Gipfels in Elmau. rei